

## Jugendliche als Politiker im Parlament

**Aktiv lernen** | Schulen aus NÖ können sich für Jugendparlament bewerben.

Für die eigene Position werben, Kompromisse suchen, Reden vorbereiten oder über eine Gesetzesvorlage abstimmen – beim Jugendparlament in Wien dürfen Schüler einen Tag selbst Politiker sein. Und beim nächsten Jugendparlament, am 29. Mai, sind das Schüler aus Niederösterreich.

Zweimal im Jahr werden nämlich die Schulen jenes Bundeslandes eingeladen, welches gerade den Vorsitz im Bundesrat inne hat. Und das ist im ersten Halbjahr 2015 Niederösterreich. Wer mit seiner Klasse einen Tag Politik hautnah erleben möchte, der kann sich unter [www.reininsparlament.at](http://www.reininsparlament.at) bewerben. Die drei oder vier originellsten Bewerbungsbeiträge zur Frage „Was bedeutet Demokratie für dich und deine KlassenkollegInnen?“ werden von einer Jury ausgewählt.

Ziel der Veranstaltung ist es, bei den Jugendlichen das Interesse für demokratische Entscheidungsprozesse zu wecken, und ein Verständnis für parlamentarische Abläufe zu vermitteln.

# Asyl: Nun Gipfel der

**Flüchtlingsunterbringung** | Auf den Asyl-Gipfel der Landeshauptleute

Von Martin Gebhart

Die außerordentliche Landeshauptleutekonferenz zur Asylpolitik verlief in der Vorwoche reibungslos. Um 10 Uhr trafen sich die Landeshauptleute – nur Salzburgs Wilfried Haslauer fehlte wegen Erkrankung – mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Palais NÖ in Wien, pünktlich um 12 Uhr wurde das Ergebnis verkündet. In allen Punkten wie schneller Asyl-Verfahren, Verteilerzentren und

den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMFs) war man sich einig. Das Resümee von Kärntens SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser bei der Pressekonferenz: „Es gibt eine hohe Solidarität zwischen den Bundesländern und zwischen Bund und Ländern.“

ÖVP-Landeshauptmann Erwin Pröll, der als Vorsitzender diese außerordentliche Landeshauptleutekonferenz einberufen hatte, sprach danach von einer äußerst schwierigen Situa-

on. Seit November war die Zahl der Flüchtlinge von 28.700 auf 33.700 angestiegen. Er könne nicht ausschließen, dass es bis zu 40.000 werden. Aber: „Die Bundesländer haben seit November Unglaubliches geleistet.“ Sprich: Alle erfüllen mehr oder weniger die Quote bei der Schaffung von Asyl-Quartieren.

Dazu wurde nun auch ein Monitoring installiert, womit das Innenministerium die Länder immer wieder darauf vorberichtet, was im Flüchtlingsbe-



Verkündeten das Ergebnis der Landeshauptleutekonferenz im Palais NÖ: Vorsitzender Landeshauptmann Erwin Pröll (M.), Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser.

## POLITISCHE RANDNOTIZEN

[m.gebhart@noen.at](mailto:m.gebhart@noen.at)



**Martin Gebhart**  
über Rufmord,  
Seen-U-Ausschuss  
& einen Todesfall.

**Rufmord-Kampagne thematisiert.** In NÖ war es bei verschiedenen Veranstaltungen schon öfters thematisiert worden. Jetzt tauchte die „private Rufmord-Kampagne“ gegen Landeshauptmann **Erwin Pröll**, wie es der ORF-Journalist **Wolfgang Wagner** und die Standard-Chefredakteurin **Alexandra Föderl-Schmid** formulierten, in der ORF-Presserstunde auf. Beide

Journalisten betonten auch, dass in den Medien bislang über die Gerüchte in den sozialen Netzwerken nichts erschienen war, weil diese nicht stimmten. Pröll erklärte, dass man so eine Kampagne nur durchstehen könne, „wenn man ein reines Gewissen hat“. Alle diese Geschichten wären „erstunken und erlogen“. Jetzt sind die Anwälte am Zug.

**Jahrelanges Verfahren nun zu Ende.** Im Jahr 2010 hatte der damalige Grünen-Landesgeschäftsführer **Thomas Huber** behauptet, dass der Konzern **Novomatic** die strengen Regeln des Glücksspielgesetzes

durch ein neues Patent umgehen wolle. Novomatic klagte auf Unterlassung und hat jetzt, fünf (!) Jahre danach, erfolgreich Recht bekommen. Thomas Huber musste die Behauptung auf [www.spielinfo.at](http://www.spielinfo.at) widerrufen.

**Seen-U-Ausschuss kam nach NÖ.** In Kärnten untersucht ein U-Ausschuss den Kauf mehrerer See-Immobilien von ÖGB und Bawag. Involviert war damals auch die jetzige Team-NÖ-Landesrätin **Elisabeth Kaufmann-Bruckberger**. Weil sie nicht zur Aussage nach Kärnten gefahren war, wurde das Bezirksgericht St. Pölten einge-

schaltet. Dort gab Kaufmann-Bruckberger in Anwesenheit der Kärntner Grünen-Politikerin **Barbara Lesjak** ihre Aussage zu Protokoll. Lesjak kritisierte danach, dass die Landesrätin nicht mehr die Höhe des damaligen Honorars wisse. Kaufmann-Bruckberger wollte nichts sagen, weil es ein laufendes Verfahren sei.

**Franz Hums verstorben.** Der ehemalige SPÖ-Sozialminister **Franz Hums** aus Mitterndorf (Bezirk Baden) ist verstorben. Landesvorsitzender **Matthias Stadler** würdigte die „sozialdemokratische Handschrift“ von Hums.